

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anstellung 1.40 Mark, vierteljährlich
3.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
anzuschließen. Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
einzelnen Zeitungsverzeichnisse unter
Bezeichnung eingetragen. Für un-
vollständig eingegangene Abonnements
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Gericht der Schriftleitung Nr. 1140,
der hiesigen Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Dofische-Konto Leipzig Nr. 4000.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7 gespaltene Kolonnenzeile
oder deren Raum mit 30 Pf. berech-
net und in anderen Anzeigensätzen an-
genommen. Reklamen die Zeile 1 Mr.
Schlag der Anzeigen-Annahme
vom 11 Uhr, für die Sonntag-
nummer ebenfalls 1 Mr. Abbestellun-
gen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Schriftleitung, Druck, Sonntagnummer
Schriftleitung und Haupt-Schiffste-
lle: Halle, Gr. Oubonstraße 17.
Abend-Schiffsteilen: Markt 24
und Gr. Ulrichstraße 32.

Nr. 84.

Halle, Dienstag, den 19. Februar

1918.

Große Erfolge im Osten.

Schnellster erfolgreicher Vormarsch im Osten. — Die Verteidigung von Petersburg wird von den Russen vorbereitet.

Die Einnahme von Dünaburg und Luck.

125 Gefangene bei Taurer eingebracht. — Sieben feindliche Flugzeuge abgeschossen. — Geringer russischer Widerstand in Dünaburg. — Keine Sprengung der Dünabrücken.

WTB. Großes Hauptquartier, 19. Februar.
Weltlicher Kriegsjahraplag.
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Nächtliche Fortschritte des Heeres am Houthouster Walde
und bei Jern und beiderseits der Scarpe am Abend
geleiteter Feuerkampf.
Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Am Dniepr-Kanal führten Infanterie-Abteilungen
erfolgreiche Erkundungen durch.
Südöstlich von Taurer liegen baltische und thüringische
Kompanien gegen die am 13. Februar in Feindeshand ge-
fallenen Geleisen vor und brachten 125 Gefangene zurüd.
Der Geländegewinn wurde vor starken feindlichen Gegen-
angriffen wieder aufgegeben.

Im Luftkampf wurden gestern sieben feindliche Flug-
zeuge abgeschossen.
Oberleutnant Boerger erlangte seinen 21. Leutnant Wet
und Leutnant Kroll erlangten ihren 20. Luftpilg.
Deutscher Kriegsjahraplag.
Deutsche Truppen sind gestern Abend in Dünaburg ein-
gerückt. Sie fanden nur wenig Widerstand. Der Feind war
größtenteils geflüchtet. Die vorbereitete Sprengung der
Dünabrücken ist ihm nicht gelungen. Heiberjets von Luck
sind unsere Divisionen im Vormarsch. Luck wurde kampflös
besetzt.

Von den anderen Kriegsjahraplägen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Reichstags-Wiederbeginn.

Der Verlauf des Krieges hat uns an den Zustand ge-
wöhnt, daß ein Berliner Wallotbau geredet und daß ganz
so anders gehandelt wird. Auf der einen Seite finden sich
die Worte, auf der anderen die Taten. So war es bei der
Proklamierung des Königreichs Polen, die allmählich auch
die einstigen wärmsten Fürsprecher als eine recht unglückliche
Sache anerkennen, so war es bei dem ersten Friedensangebote
und noch bei manchen anderen Vorläufern. Der Reichs-
tag wurde stets vor vollendete Tatsachen gestellt und es blieb
ihm dann überlassen, sein rednerisches Geschick durch Kritik
an den Tatsachen zu erproben. Jetzt hatte sich der Reichstag
in ungewöhnlich lange Weihnachtssferien schicken lassen. Aber
gerade in den Zeitraum dieser langen Vertagung fielen Er-
eignisse von weittragender Bedeutung. Wir erlebten die
Brest-Litovsker Verhandlungen mit den Bolschewiken vom
25. Dezember und der deutschen Stellungnahme vom 27. Dez.,
die zehntägige Pause mit dem Warten auf die Ententeemächte,
die Trozki'schen Verschiebungsvorläufe, den Frieden mit der
Ukraine, die Einleitung der Verhandlungen mit Rumänien
und die Streikbewegung im Innern. Eine Fülle von Er-
eignissen hat sich angesammelt, die einer Besprechung durch
den Reichstag vorbehalten scheint, sofern die Dinge nicht
längst überholt sind und eine nachträgliche Ertörderung über-
flüssig erscheint.

An der großräumigen Front, von der Dniepr bis zum
Pripjet, haben sich unsere Truppen erneut in Bewegung ge-
setzt, um zum Schutze der bisher besetzten Gebiete und nicht
zuletzt auch zum Schutze der von roten Garden grausam be-
handelten und ausgebeuteten einheimischen Bevölkerung die
der Obersten Seeresleitung eingezeichneten Maßnahmen zu
erzwingen. Was soll hier der Reichstag tun? Es
sollte von der Rechten bis zur Linken seine Meinungsver-
schiedenheit darüber betonen, daß die Dinge im Osten nicht
in der bisherigen Weise weiterlaufen können. Das eigene
Wohl steht uns höher wie das Wohl der Bolschewiken. Wir
müssen uns schämen gegen die bolschewistische Verhöhnung der
von uns im Osten besetzten Gebiete, wir haben aber auch die
Pflicht, den dringenden Hilfsrufen der unter dem Wort-
regimente bolschewistischer Räuberbanden heulenden Leuten
und Eiten nicht ungehört verhallen zu lassen. Eine jede
Schwerhörigkeit in dieser Frage würde das deutsche Ansehen
auf diese Jahrzehnte hinaus bei den in Frage kommenden
Kandolieren schwer schädigen und das alte Deutschland in
jenen Gebieten völlig der Vernichtung preisgeben. Der
Reichstag wird sich nicht der Meinung vergeschlossen können,
daß der erneute Vormarsch in der Mittagsjunde des 18. Febr.
nur deshalb begann, weil das Verhalten der Regierung
Lenin-Trozki dazu gezwungen hatte.

Und die Stellung zur Ukraine? Der Reichstag mag
Kritik an dieser oder jener Maßnahme treffen, den Friedens-
vertrag selbst kann er heute nur gutheißen. Der am 9. Febr.
in Brest-Litovsk abgeschlossene Vertrag sollte uns nach dem
bekanntem Worte des Grafen Czernin den Brestfrieden
bringen. Das Vordringen der Bolschewiken gegen die Ukraine
war nicht eine feindselige Maßnahme gegen den jungen
Staat, dessen Selbstständigkeit von dem Vordringen anerkannt
worden ist, sondern zugleich auch eine kriegerische Handlung
gegen die Mittelmächte selbst. Die deutschen Truppen, die
aus der bisherigen Armee Linien von Kowel aus vor-
rückten, führen nur den in Brest-Litovsk geschlossenen
Friedensvertrag durch. Sie sind dazu bestimmt, uns das zu
sichern, was wir den Brestfrieden nennen. Keine Gebiete
Südlands sollen vor der Vernichtung geschützt werden.
Nicht um Eroberungen willen, sondern um des Friedens
willen an einem wichtigen Teile der Ostfront haben deutsche
Truppen den erneuten Vormarsch angetrieben. Dazu kommt,
daß für den Westen die feindliche Presse eine Offensive der
Entente ankündigt, die nach mehrfachen Versicherungen aus
gegenwärtigen Wäutern am Jahrestage der Schlacht bei Verdun
beginnen soll. In allen dieser Ereignisse liegt Ursache
genug dafür, daß der Reichstag sich um ein Bild
deutscher Einmütigkeit und Geschlossenheit bemüht.
So groß auch der Konfliktstoff sein mag, der nach
Entscheidung geradezu freiheitlich durch den Auslands-
teil innerer Zerrissenheit geben. Das deutsche Volk er-
wartet in seiner überaus großen Mehrheit, daß bei den
Debatten über die letzte Friedensbewegung, bei der Besprechung
der Ernährungsfrage, bei der Forderung der neuen
Gesetzgebung und bei allen Fragen, die zur äußeren Politik
gehören, festende Worte und Besonnenheit gemacht wird,
die der Stunde angepaßt ist. Wir wollen den Aufgaben der
heutigen Arbeit, welche ihr selbstbewußte,

23 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 18. Februar. (Antsch.) Eine unserer U-Boote
hat im Sperrgebiet an der englischen Westküste
5 Dampfer
mit rund 23 000 T. versenkt.
verzeiht, darunter einen großen englischen Passagierdampfer
von etwa 13 000 T. R. A. Die übrigen vier Dampfer waren
sämtlich tief beladen.

Aufhebung der russischen Demobilisierung.

Bekehrung der Sowjets.
Stockholm, 19. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Nach
Mitteilungen aus Petersburg hat der Kongreß der Sowjets
sich am Sonntag beschlossen, die von Trozki gelegentlich
seiner letzten Erklärung in Brest-Litovsk verkündete Demobi-
lisierung des russischen Heeres sofort aufzuheben.

Vorbereitungen der russischen Flotte.

Genf, 19. Februar. (Privattelegramm.) Nach Peters-
burger Mitteilungen sind in der Nacht von Sonntag auf
Montag alle russischen und finnischen Häfen auf Befehl der
Roteschiffahrt geschlossen worden. Die Mannschaften der
Flotte erhielten Befehl, sich binnen 48 Stunden auf ihren
Schiffen einzufinden.

Petersburger Vorbereitungen.

Verteidigungsmaßnahmen der Russen an der Newa.
Stockholm, 19. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Nach
Mitteilungen aus Petersburg sind bereits Maßnahmen für die
Verteidigung der Stadt getroffen worden. Im Süden wird
Tag und Nacht gearbeitet, um Wälle und Befestigungen zu
errichten. Wie es heißt, haben sich zur Verteidigung der
Stadt zahlreiche Freiwillige gemeldet, die der roten Garde
beihilflich sind. Es wird behauptet, daß die Deutschen
in wenigen Tagen die Tore von Petersburgs
erzweit haben werden.
Weiter wird gemeldet, daß der größte Teil der in Haft
geblichen Offiziere der provisorischen Regierung sich frei-
willig zur Teilnahme an der Verteidigung von Petersburg
melde und infolgedessen sofort aus der Haft entlassen
worden ist.

Französische Hoffnungen auf den Osten.

Paris, 19. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Die gesamte
französische Presse gibt ihrer Freude Ausdruck, daß das Ver-
halten der russischen Regierung eine Wiederaufnahme der
deutschen Operationen an der Ostfront notwendig macht. Man
hofft, daß hierdurch wieder der Einfluß aller Kräfte im Osten
notwendig sein wird und die geplante Offensive im Westen
von selbst folget.

Der Zwang für Rumänien.

Berlin, 19. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie in
hiesigen politischen Kreisen verlautet, soll zwischen dem
russischen Ministerpräsidenten Meszow und Generalleut-
nant von Wodjanow ein Einverständnis dahin erzielt

worden sein, daß Ende dieser Woche die Friedensverhand-
lungen ihren Anfang nehmen sollen.

Aus militärischen Kreisen verlautet hierzu, daß Ru-
mänien gezwungen ist, in Friedensverhandlungen einzutreten,
da es nur noch über zwei bis zu sechs Millionen Soldaten
materiell verfügt, das er dem Feinde abgenommen hat,
wobei aber keine Munition vorhanden ist.

Nach Mitteilungen aus Bukarest hat man dort erfahren,
daß Rumänien sich nicht mehr entschließen würde, den Kampf
wieder aufzunehmen, da in einem solchen Falle auch die Re-
volution im Innern drohen würde.

Die heutige Reichstags-Sitzung.

Besprechung des ukrainischen Friedensvertrages
am Mittwoch.

Berlin, 19. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Der heutige
Vormittag war im Reichstagsrat von Fraktionsstörungen aller
Parteien ausgefüllt. Die für nachmittags 3 Uhr angesetzt
Sitzung verlor wenig Interesse zu werden, weil zunächst
nur kleine Vorlagen behandelt werden sollen. Der morgige
Tag dagegen bringt die Besprechung des ukrainischen Frei-
densvertrages und die neuen militärischen Maßnahmen gegen
die Bolschewiki.

Czernin reist nach Bukarest.

Wien, 19. Febr. (Privattelegramm.) Wie das Wiener
„U-Blatt“ meldet, verläßt sich der Minister des
Aussereigen Graf Czernin in wichtiger Mission am kommenden
Donnerstag nach Bukarest.

Die Krise in Wien.

Krückrit polnischer Minister.

WTB. Wien 19. Febr. (Korrespondenz.) Heute haben
verschiedene Parteiberatungen, namentlich der Sozialdemo-
kraten und des Polenklubs, sowie Besprechungen des Minister-
präsidenten mit verschiedenen Parteiführern stattgefunden.
Am bestenfalls seit der Ernennung mit, daß die polnischen
Minister, Unterrichtsminister Czankowski und Minister für
Gottlieb Trautson dem Ministerpräsidenten ihre Rücktritts-
gesuch überreicht hätten.

Tägliche Hilfsmillionen Skandinaviens nach Finnland.

Rosenhagen, 19. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Wie
hier verlautet, sind die skandinavischen Regierungen überein-
gekommen, jezt täglich Hilfsmillionen nach Finnland
abzugeben.

Die Schiedsrichternachrichten aus den von den roten Garden
besetzten Gebieten lauten immer fürchterlicher. In vielen
Ortschaften sind alle über 12 Jahre alten männlichen Per-
sonen ermordet worden.

Die Verkürzung der französischen Front.

Genf, 18. Februar. (Privattelegramm.) Der „Matin“
meldet: Durch die Zurückziehung der amerikanischen Truppen
in den französischen Verteidigungslinien mit der französischen Front-
abschnitt um ein Drittel des bisherigen Umfangs vermindert.
(Letzte Depeschen siehe auch Seite 3.)

energische Weiterförderung, aber wir erwarten, daß sich die äußerste Rechte nicht minder wie die äußerste Linke der Wichtigkeit der Stunde nicht verschließt. Aufgabe der Regierung wird es sein, einen Weg der Verständigung zu suchen und zu finden. Man sollte auf allen Seiten der Tatsache eingedenk sein, daß wir von Frieden um so schneller erreichen und daß dieser Frieden um so besser ausfällt, desto gleichförmiger mit dem Auslande gegenüberstehen. Und der Wert dieser Gleichförmigkeit kann nur erhöht werden dadurch, wenn das Ausland erkennen muß, daß wir trotz größter Anspannung noch Kraft genug besitzen, um die als notwendig erkannten Reaktionen in Ruhe und Geduld durchzuführen. C. H.

Zur heutigen Reichstags-Debatte.

Berlin, 19. Febr. Die „Germania“ meint, daß die Beziehungen mit der Ukraine im Reichstage keine Sonderstellung haben dürfen. Um so mehr jedoch aber die politische Minderling aufzukommen, die dieser Frieden im ganzen politischen Lager ausgeht hat. Es möge richtig sein, daß sich die Polen immer Hoffnungen auf das Choleran Land gemacht hätten. Sie werden aber nicht daran ändern können. Da sich auch hier wieder das Sprichwort bewahrheitet: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Daß dies gegen die Polen ausgefallen sei, daran trägt die Tatsache die größte Schuld. Denn der Vorkrieg der Zentralmächte, die Europa ihre Selbständigkeit in der Sache war, hatten die Polen einen großen Vorsprung vor allen anderen russischen Herrschern. Sie haben es aber nicht verstanden, diesen Vorteil auszunutzen.

Großrussisches Bombardement von Kiew.

Der ukrainische Friede soll verhindert werden. Warschau, 17. Februar. Aus K o n o m o m m e n die ersten Einzelheiten über die Kämpfe der Bolschewiki mit den ukrainischen Sozialrevolutionären während der vergangenen Woche in Kiew. Hiernach haben die Bolschewiki seit Anfang Februar, also wohl von dem Zeitpunkt an, wo sie den kommenden Abbruch eines Friedens zwischen den Mittelmächten und der ukrainischen Wada in Westberlin zu erwarten, alle Mittel in Bewegung gesetzt, um die Wada zu kürzen, oder doch zeitweise aufzuschieben zu machen. Sie haben alles, was an Truppen von der deutschen Front oder aus dem südlichen Rußland herangezogen werden konnte, auf Kiew geworfen, so auch die starken Abteilungen, die eigentlich gegen Kaledin nach dem Donjebgebiet bestimmt worden waren. Hauptziel war, den

Frieden der Ukraine mit den Zentralmächten zu verhindern.

Auch schwere Artillerie wurde auf Kiew eingesetzt. Am 11. Februar wurde von Bawonja aus, das gegenüber Kiew am anderen Ufer des Dnieper liegt, aus 120 Geschützen das Bombardement auf die westliche Stadt gerichtet, in der verhältnismäßig wenige ukrainische Truppen waren. Die Bolschewiki verordneten Brandgräben, die einen großen Teil des Zentrums der Stadt, den berühmten Kiroffplatz und den Bereich, das heißt die frühere Stellung mit der Wada in Brand setzten. Die wenigen ukrainischen Truppen gegen sich in erlittenen Kampf um Nikel zu Viertel zurück. Bolschewische Soldaten begannen ein Schredensregiment

in den besetzten Stadtteilen. Bekannte Ukrainer und die sie behandelnden Kräfte im Kloster, auch Frauen, wurden von den Bolschewiki niedergeschossen, die Häuser aller ukrainischen Volksglieder zerstört und angezündet. Die Stadt wurde in einzelne Viertel eingeteilt, so man sofort gegenwärtige Gerichtskomitees einsetzte, die unter Zustimmung von Spitzeln aus juristischer Zeit die Führer der ukrainischen Bewegung und ihrer Anhänger, soweit sie nicht geflohen, in Wägen verurteilten und

erschießen

ließen. Der größte Teil der Mitglieder der ukrainischen Regierung ist nach Sibirien und anderen Orten entkommen. Das ukrainische Regiment Sowbodon, das sich von Norden aus Rußland durchgeschlagen, 300 Kilometer marschiert und sofort angegriffen hatte, und ebenso ein ukrainisches Kavallerieregiment wurden in den Kämpfen arg mitgenommen.

Russische Maßnahmen gegen Rumänien.

Petersburg, 18. Februar. (Wendung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf Anordnung des revolutionären Gerichtshofes wurde der Chef der rumänischen Mission Bontsch und alle militärischen Agenten, nämlich Komplik, Stawer und Brestanow verhaftet. Die in Odessa wohnenden rumänischen Senatoren versuchten zu fliehen, wurden aber zurückgehalten. Es wird die Beschlagnahme der rumänischen Bitter vorgeschlagen.

Der Hilferuf der Ukraine.

Berlin, 18. Februar. Die ukrainische Regierung verwendet aus ihrem gegenwärtigen Regierungshilfe 50 Millionen in folgenden Forderung:

Milen, Milen, Milen. Ihr hat die Presse und die Zeitungen der russischen Bolschewisten gelesen, in denen sie sagen, sie kämpfen nur mit der verhassten Zentralmächte, welche die bolschewistische Macht nicht anerkennen will, und nicht mit dem ukrainischen Volk. Glaubt nicht daran, es ist nur Wüste und ein feindseliges Feuer zu haben. Schaut nicht auf die Worte, schaut auf die Taten der Bolschewisten in unserem Lande. Noch vor zwei Monaten hat man überall in Rußland von der Ukraine als von einer Oase mitten in der allrussischen Wüste gesprochen. Es war verhältnismäßig Ordnung in unserem Lande. Die Freunde der Stolz und die Achtung vor unserm Land, dem ukrainischen Volk selbst erwachten sozialistischen Volksparlament, der Zentralmächte, beherrschten uns alle und wir strebten danach, nicht zu vernichten, sondern auf den Trümmern des Krieges uns in sozialer und demokratischer Freiheit unser Land selbst aufzubauen. Die Bolschewisten in Petersburg, in Moskau und anderen großrussischen Städten haben mit Hilfe und mit Hilfe der Zentralmächte der Welt. Aber dies war doch nur der kleinere Grund. Der Hauptgrund war der natürliche

Rechtum der Ukraine an Getreide, an Zucker und sonst unsere Heimat herbeibringt, und die uralte historische Gewohnheit des gereinen, unerschütterlichen groß-

russischen Volkes, ineres alten Bedrückers, uns zu beenden und auszuweichen. Die Träger der bolschewistischen Gedanken haben sich in nichts von denen des zaristischen Bedrückers und Ausbeutertums entfernt. Sie setzten wie früher die Rechte und die Freiheit der nicht-russischen Völker des gewesenen russischen Reiches und legen die

Kauerei des Zarentums

fort. Warum rauben die Bolschewisten nur bei uns in der Ukraine? warum? Es ist nicht im Dongebiet, obwohl auch dort viele Getreidevorräte sind und obwohl dort nach bolschewistischer Auffassung nur Revolutionssieger verarmt sind? Es ist hier. Das Dongebiet hat in der Mehrzahl großrussische Bevölkerung, also wird es gefoltert, ob es nun revolutionäre oder „reaktionär“ ist. Die Ukraine aber besteht aus ukrainischem Land und Bevölkerung, also wird sie nach russischer Manier überfallen und ausgebeutet, obgleich sie sich als soziale und demokratische Republik organisiert hat.

Fremde!

die ihr uns bisher nicht geliebt hat und zu denen unsere Stimme heute nur schwer gelangt, vertritt uns jetzt.

Ich den wahren Charakter der russischen Bolschewisten. In Charkow, Koltawa, Jekaterinow, in Kiew und in vielen anderen ukrainischen Städten herrscht Morde und Brennen. Ueber Ukraine, der sich vor über während der sozialen Revolution eifrig gezeigt hat, die neue Freiheit unseres Landes zu führen, wird verfolgt, aus den Häusern gejagt und von der roten Garde niedergeschossen.

Jetzt, wenn ihr uns selbst nicht glaubt, was die Bolschewisten selbst berichten und was sie in ihrer eigenen Zeitung, der „Petersburger „Pravda“, am 18. Januar geschrieben haben.

Dort steht: Die Tätigkeit und das Amt als Kommissar für Nahrungs- mittel-Beschaffung auf ukrainischen Gebiete ist dem Bolschewik-Ludanowski übertragen worden. Der ganze technische Apparat war Eisenbahn-Stationskommissare Agita-

Der Kampf um das gleiche Wahlrecht.

Die Annahme des § 2. — Ablehnung des konservativen Antrages gegen das gleiche Wahlrecht durch die Regierung. — Der Streik als konservatives Argument gegen das gleiche Wahlrecht.

Berlin, 18. Februar. In der heutigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses wurde der

§ 2

in folgender Fassung angenommen:

Ausgeschlossen von dem Rechte zu wählen sind Personen:

1. die entmündigt sind oder unter vorläufiger Vormundschaft stehen;
2. über deren Vermögen das Konkursverfahren schwebt;
3. die der bürgerlichen Ehrenrechte beraubt;
4. denen die Fähigkeit zur Selbstbindung öffentlicher Ämter abgeht;
5. die unter Polizeiaufsicht stehen;
6. die während des letzten Jahres eine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten haben. Als Armen-Unterstützung im Sinne dieses Gesetzes gelten nicht:

- a) dem Wähler oder einem seiner Angehörigen gewährte Pflege oder Unterstützung in Krankheitsfällen,
- b) einem Angehörigen wegen häuslicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege,
- c) Unterstützungen, die in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind,
- d) Unterstützungen, die erteilt sind

§ 3

(„Jeder Wähler hat eine Stimme.“)

Ein konservativer Redner betont, der letzte Streik habe auf die Rechte des Volkes ein besonderes Licht gemornt. Wir können dem Minister nicht bestimmen, wenn er erklärt hat, daß der Streik kein Vertrauen in das Volk nicht erschüttern könne. Wenn in Berlin 12 Prozent und im Lande verhältnismäßig ein noch größerer Teil der Arbeiter gestreikt haben, so ist das nicht eine kleine Anzahl Wählerverweigerer. In den Industriebezirken ist das Volk heute in der Hand von gewissenlosen Hehern und Agitatoren, und diese treiben Landesverrat.

Der Einspruch der für die Landesvertretung eintretenden Arbeiterführer ist: wird ja doch wiederum zum Streik aufgefordert. So tüchtig auch unser Volk sonst ist — für das Wahlrecht ist es nicht reif. Und sollen etwa diejenigen, die Herr Hoffmann der Kirche abtunlich gemacht hat, in kirchlichen Fragen mit entscheiden? Wir kommen ja schließlich zu russischen Reichstagen. Die radikale Partei gewinnt immer die Majorität und wenn wir auf diesem Wege weitergehen, so gefährden wir schließlich unsere Kultur. Wenn wir das Volk haben, dürfen wir diesen § 3 nicht annehmen. Gemäß soll das Volk ein größeres Maß von Anteil an der Gesetzgebung haben, aber das kann nicht durch das gleiche Wahlrecht erreicht werden, sondern nur durch unseren Antrag.

Im weiteren Verlaufe der Debatte gab der

Vizepräsident des Staatsministeriums

Dr. Friedberg eine Erklärung ab, in der er, u. a., sagte: Der konservative Antrag hat, was die Einschränkung des Wahlrechts anbetrifft, meine Erwartungen nicht übertroffen. Der konservative Abgeordnete hat den Streik herangezogen, um zu erklären, die wenig reif das Volk für das gleiche Wahlrecht ist. Ich betone offen, daß der Streik mit seinen Nebenwirkungen mir nicht in letztem Zusammenhange mit der Wahlrechtsfrage zu sehen scheint. Es dürfte nicht schwer fallen, aus den Erfahrungen, die der konservative Abgeordnete angeführt hat, genau die entgegen gesetzlichen Folgerungen zu ziehen, die der konservative Redner getan hat. Die Konstitution des allgemeinen Wahlrechts mit einem bestimmten unannehmbar. Es ist uns möglich in kleinen Staaten, die sich nicht zwei Kammern leisten können, nicht aber in Preußen. Schon die Verfassung, mit der das konservative Ministerium im Jahre 1848 das Dreiklassenwahlrecht einführte, bezeichnete die Begründung des Wahlrechts auf Verhältnisse als unannehmbar. Das organische Grundgesetz, das der konservative Antrag vorschlägt, ist was die Statistik. Dies ist aber

loren und Menge Rekrutierungsabteilungen, sind zu seiner Verfügung gestellt worden. Auf den Dörfern und Gütern ist noch eine Umengung von Getreide, auf den Fabriken der Ukraine noch maulschaff Zucker. Auf den Rekrutierungsstationen stehen noch viele Gesinkohlen in Waggonen, jeder ist die

Transportfähigkeit der Eisenbahnen in fürstlichem Zustande.

3. W demag die Kurs-Mosauer Bahn täglich nur 115 Waggonen statt früher und normal 1500 zu befördern. Die Knotenpunkte sind vollkommen verstopft. Dies muß noch gebessert werden. Auch haben unsere Kommissare in den Dörfern, wo sie die erwerblosen Leute organisieren, noch große Mühe, das Brot an sich zu bringen, das die ukrainischen Dorfbewohner nicht herausgeben wollen.

Fremde! Wißt Ihr, was es heißt, eine bolschewistische Rekrutierungskommission in einem Dorf zu haben, und wie sie dieses Dorf verläßt?

In immer neuen Häußerbanden rufen sie heran.

Sie stehen unter dem Oberbefehl hundert, sonst stellungsloser Späher und Gendarmen der alten Regierung, die gezwungen waren, im Auftrag des Zarentums unschuldige und wehrlose Menschen zu vernichten. Sie legen ihr Handwerk fort und verbreiten Leid und Entsetzen in unserm Land, das keine andere Schuld hat, als fruchtbringend, freiheit und friedliebend zu sein. Fremde, die Ihr freit auf dem Boden eurer Väter wohnt.

hört uns, vertritt uns.

Auch wir kämpfen für unsere soziale Freiheit und für die Freiheit unserer Frauen und Kinder, für das Recht unserer Selbstbestimmung, das sie uns von den Händen wenden wollen.

Fremde verbreitet dies, wenn Ihr Freunde der wahrheitsliebenden demokratischen Freiheit seid. Sendet es an alle Väter, in denen weder die Reaktionäre noch die anarchistischen Verführer es verhindern, daß die Stimme der Wahrheit und der Freiheit gehört wird.

eine sehr unsichere Grundlage, da nichts so schwer ist, als den einzelnen in bestimmte Berufsgruppen einzugliedern.

Was das vorgeschlagene Pluralwahlrecht betrifft, so enthält es gegenüber der Kompositionsschöpfung des vorangegangenen Sommers noch eine besondere Berücksichtigung des Grundbesitzes, enthält also einen

verrückten agrarischen Einfall.

Ich muß daher ausser erklären, daß die Staatsregierung zu einer Berücksichtigung im Rahmen der Vorlage bereit ist, daß aber das bereits andächtige Wahlrecht ein Pluralwahlrecht mit Zusatzstimmen für Einkommen und Besitz

unannehmbar

ist. Wenn man realpolitisch denkt, muß man doch berücksichtigen, daß die königliche Hofstadt vorhanden ist, die eine Direktive für die Minister enthält, und diese werden alles tun, um die Umänderung der

Königlichen Hofstadt durchzuführen,

weil sie überzeugt sind, daß die politische Lage dies erfordert.

Minister des Innern Dr. Drews: Trotz der Berührung haben noch keine 10 Prozent der deutschen Arbeiterschaft am Streik teilgenommen. Wie will man es da rechtfertigen, die übrigen 90 Prozent für unreif zu erklären und ihnen das Vertrauen zu entziehen? Dadurch würde die Kunst nur verweigert, während die Regierung sie ausfüllen will. Würde der konservative Antrag Gesetz, so würde die erste Gruppe (Landwirtschaft) 25 Prozent Wähler zu viel erhalten, die zweite Gruppe (Handel und Industrie) 50 Prozent zu wenig, die dritte Gruppe (freie Berufe und Beamte) 150 Prozent zu viel. Unter dem Dreiklassenwahlrecht verhalten sich die einzelnen Klassen wie 16:3:1. Nach der Unterteilung des konservativen Antrages würde das Verhältnis in der ersten Abteilung sein wie 130:35:1, in der zweiten wie 30:3:6:1. Die Sozialdemokratie, die bei der letzten Reichstagswahl 33 Prozent der Stimmen erhielt, würde auf 25 Prozent sinken, und das Gesamtbild würde noch plakatmäßiger als unter dem Dreiklassenwahlrecht.

Ein Sozialist: Da mir bereits zwei Generalabsichten gehabt haben, ist eine dritte überflüssig. Ich vermute es mir deshalb auf die allgemeinen Ausführungen des konservativen näher eingehen. Die Kriegserfahrungen haben unsere Überzeugung noch verstärkt, daß die deutsche und preussische Volksvertretung auf derselben Grundlage beruhen müssen. Wir scheiden dem deutschen Volke das Vertrauen und scheinen es ihm erst recht nach dem, was wir in den letzten vier Jahren erlebt haben. Wir lassen uns darin auch

nicht durch den Streik erschüttern,

den das Reichsgericht mit Recht zum Landesverrat hampelt. Aber soll man wirklich deshalb, weil eine verhältnismäßig kleine Zahl von Arbeitern einen milden Streik entfacht hat, zu dem schweren Verdict der Unreife gegenüber unserm ganzen Volk gelangen? Die Rede des konservativen wird nicht beruhigend, sondern aufreizend wirken. Allerdings können die Arbeiter aus dieser Rede entnehmen, wie

faßlich und politisch ein derartiger Streik ist.

Der konservative Vorstoß kommt den tollsten Widersinnigkeiten des geltenden Wahlrechts sehr nahe. Wir behalten uns den Antrag vor auf Einführung der Verhältniswahl für die bildungslossten und gemäßigtesten Wahlkreise. Leider sind die Aussichten für das gleiche Wahlrecht gering, die

Entscheidung hängt von den Nationalabstimmungen ab.

Die Herren wollen, welche Verwerflichkeit auf ihnen laftet. Fällt das gleiche Wahlrecht, dann werden die Millionen draußen enttäuscht und erbittert werden, und vom Standpunkt der Krone aus wird das sehr ungünstige politische Bildungen haben, wenn es sich zeigt, daß sie gegenüber den Konventionen ihres Willen nicht durchsetzen kann. Wir werden dann in innere Krisen führen.

Der Sozialdemokrat: Ich höre aus, während der konservativen noch immer dagegen protestieren, daß man den Arbeiter gemessener als Besetzung für Wohlverhalten